
Droht der Sozialpartnerschaft ein ‚blaues Wunder‘? Die arbeitspolitischen Orientierungen AfD-naher Arbeiter*innen als Herausforderung für die Arbeiternehmer*innenseite¹

TOBIAS KAPHEGYI

Tobias Kaphegyi, Universität Tübingen, Promotionskolleg „Rechtspopulistische Sozialpolitik und exkludierende Solidarität“, E-Mail: tobias.kaphegyi@student.uni-tuebingen.de

Zusammenfassung: Für die konflikthafte Institutionalisierung der Sozialpartnerschaft war die Organisationsmacht von Gewerkschaften und Sozialdemokratie unter Arbeiter*innen essentiell. Seit den 1980er-Jahren scheint diese Machtbasis zu erodieren. Seit 2013 zeichnet sich eine zusätzliche Herausforderung ab. Immer mehr Arbeiter*innen wählen die rechtspopulistische AfD. Diese wendet sich gegen die Voraussetzungen der Sozialpartnerschaft. Wird das auch von den AfD-nahen Arbeiter*innen unterstützt? In einer multimethodischen Exploration wird eine große Übereinstimmung zwischen AfD-Programmatik und den Einstellungen der AfD-nahen Arbeiter*innen zur Sozialpartnerschaft festgestellt. Die Rekonstruktion der Motive AfD-naher Arbeiter*innen gibt Hinweise für die weitere Diskussion des AfD-Paradoxons, welches umschreibt, dass AfD-Wähler*innen mit ihrer Unterstützung für die in Teilen rechtsextreme Partei ihren eigenen Interessen einen Bärendienst erweisen.

Summary: The organizational power of trade unions and social democracy among workers was essential for the conflictual institutionalization of the social partnership. Since the 1980s, this power base seems to be eroding. Since 2013, an additional challenge has emerged. More and more workers are voting for the populist radical right-wing party AfD. The AfD opposes the preconditions of the social partnership. Is this also supported by the AfD-affiliated workers themselves? In a multi-method exploration, a large correspondence is found between AfD

→ JEL classification: J58, D63, D91

→ Keywords: Social partnership, Labor policy, Populist right-wing parties, Industrial Workers

¹ Der Autor bedankt sich für die hervorragenden Anregungen und Hinweise der Herausgeber*innen.

programmatics and the attitudes of AfD-affiliated workers toward social partnership. The reconstruction of the motives of AfD-affiliated workers provides indications for the further discussion of the AfD paradox, which describes the fact that AfD voters do a disservice to their own interests by supporting the party, which is in part extreme right-wing.

I Droht der Sozialpartnerschaft ein ‚blaues Wunder‘?

Die Sozialpartnerschaft in ihrer heutigen Form kann verstanden werden als eine historisch und institutionell „geronnene“ Form der Austragung des „Interessenkonflikts“ in den industriellen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland (Ewen et al. 2022, 8; Müller-Jentsch 2017, 20 ff., 2008; Haipeter 2012, 389–392). Trotz anfänglicher Ablehnung der Sozialpartnerschaft (z. B. Brumlop 1958) richteten sich die Ziele der deutschen Arbeiter*innenbewegung nach dem Krieg – einhergehend mit den ökonomischen Erfolgen des sogenannten „Wirtschaftswunders“ und der „Sozialen Marktwirtschaft“ – neu aus. Das Ziel war ab den 1970er-Jahren nicht mehr ein „freiheitlicher Sozialismus“, sondern der Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung und eine „keynesianische Wirtschaftssteuerung“ innerhalb einer „mixed economy“ mit hohem Staatsanteil (Müller-Jentsch 2008). Für den Versuch, Teile dieser Ziele zu realisieren, als auch für die konflikthafte Institutionalisierung der Sozialpartnerschaft in ihrer heutigen Form war die Organisationsmacht² von Gewerkschaften und Sozialdemokratie unter den Arbeiter*innen essentiell. Von 1961 bis 1987 sank laut Umfrageforschung die Zustimmung zur SPD bei Bundestagswahlen unter Arbeiter*innen nie unter 50 Prozent und erreichte 1972 mit 70 Prozent ihren Höhepunkt (Schindler 1999, 234). Seit den 1980er-Jahren scheint diese Machtbasis zu erodieren und es wird häufig eine Krise der Sozialpartnerschaft konstatiert (Hopp et al. 2022, 329–332; Streeck 2016; Dribbusch/Birke 2019; Haipeter 2012). Seit 2013 zeichnet sich eine zusätzliche Herausforderung ‚von Unten‘ für die Sozialpartnerschaft ab (Dribbusch/Birke 2019, 17–18). Immer mehr Arbeiter*innen unterstützen und wählen die rechtspopulistische AfD.

Wählten laut den Umfragedaten der Forschungsgruppe Wahlen (Redaktionsgruppe Datenhandbuch o. J.) 1998 noch knapp die Hälfte (48 Prozent) der Arbeiter*innen mit ihrer Zweitstimme die politische Kraft, die historisch den stärksten Bezug zur Idee der Sozialpartnerschaft aufweist, so stürzte die Unterstützung für die SPD bis 2017 auf 23 Prozent ab. Seit 1998 verliert der linke Parteienblock (LINKE, SPD, B90/Grüne) unter Arbeiter*innen – trotz einer internen Umverteilung aufgrund der Hochphase der LINKEN zwischen 2002 und 2009 – beständig an Zustimmung zu Gunsten des rechten Parteienblocks (CDU, FDP, AfD). Eine Verschiebung in der Gunst der Arbeiter*innen, von der die CDU, die sich mit ihren Traditionen der christlichen Soziallehre und des Ordoliberalismus einer eigenen sozialpartnerschaftlichen Ausrichtung zuordnen lässt³, aber nicht profitieren kann. Die linken Zustimmungsverluste zahlen in 2017 und 2021 fast ausschließlich auf das Konto der nationalliberalen Teile des rechten Parteienblocks ein (AfD und FDP). Nach dem Willen der Arbeiter*innen wäre die AfD wohl schon 2013 bei ihrem ersten Versuch mit fünf Prozent in den Bundestag eingezogen. Sie realisiert bei der Bundestagswahl 2017 nach den Umfragedaten der Forschungsgruppe Wahlen unter Arbeiter*innen einen sensationel-

2 Zum Begriff der Organisationsmacht siehe Dörre/Schmalz 2014.

3 Dies zeigt, dass der Begriff der „Sozialpartnerschaft“, sowie die Rede von der „Sozialen Marktwirtschaft“ „Container-Begriffe“ darstellen, die breiteste Zustimmung erfahren (vgl. Bierbricher/Ptak 2020, 16–19). Sie können aber verschiedene wirtschaftspolitische Vorstellungen von der organisierten Austragung des Widerspruchs zwischen Arbeit und Kapital beinhalten.

len Zweitstimmenzuwachs auf 18 Prozent. In den Nachwahlauffragen von Infratest dimap kommt die AfD bei der Bundestagswahl 2021 sogar auf 21 Prozent unter Arbeiter*innen. Sie erreicht damit Platz zwei hinter der SPD (26 Prozent) und vor der CDU (20 Prozent).⁴ Im Vergleich zu den erodierenden Volksparteien SPD und CDU fällt auf, dass die AfD zwar auch in allen gesellschaftlichen Klassen gewählt wird. Analysen über weitere Daten zeigen aber, dass die Machtbasis der AfD, stärker als die Machtbasis anderer Parteien, auf der Zustimmung von Arbeiter*innen als deren größter Wähler*innengruppe beruht (Biskamp 2020, Abb. 1; Schroeder/Weßels 2023, 22).

Betrachtet man im August 2023 das Umfragehoch der AfD mit bundesweit durchschnittlichen Zustimmungswerten von 18 bis 23 Prozent (20,5 im gewichteten Durchschnitt⁵), könnte die AfD unter Arbeiter*innen zur zustimmungstärksten Partei aufsteigen. Bei den zurückliegenden Landtagswahlen in Deutschland hat sie das nach den Zahlen von infratest dimap⁶ in den ost-deutschen Bundesländern (außer in Mecklenburg-Vorpommern⁷) als auch in Hessen und Baden-Württemberg schon geschafft (Vgl. auch Bohse 2023, 81). Was könnte diese Veränderung der parteipolitischen Orientierung vieler Arbeiter*innen für die Sozialpartnerschaft bedeuten?

2 Programmatik und Einstellungen in der AfD versus die Voraussetzungen der Sozialpartnerschaft

Im Forschungsstand wird davon ausgegangen, dass Sozialpartnerschaft kein auf ewig fixiertes institutionelles Setting ist (Vgl. Ewen et al. 2022, 11). Vielmehr wird angenommen, dass es sich um einen antagonistischen gesellschaftlichen Prozess handelt, weshalb er auch als „Konfliktpartnerschaft“ bezeichnet wird (Müller-Jentsch 2017, 20–24). Er hat bestimmte Voraussetzungen auf beiden Seiten der Partnerschaft, die sich wandeln können. Wenn diese Voraussetzungen verloren gehen, kann es auch zu einer zunehmenden Erosion der Sozialpartnerschaft kommen. Mit Ewen et al. (2022, 9) wollen wir im Folgenden zwei Voraussetzungen von Sozialpartnerschaft operationalisieren, die für ihre Absicherung auf der Arbeitnehmer*innenseite als essentiell erscheinen:

- 1) Sozialpartnerschaft „setzt [...] geteilte Deutungsmuster und die beidseitige Anerkennung von (mächtigen) interessenpolitischen Akteuren voraus, die bestimmte politische und gesellschaftliche Ziele teilen und die Tarifautonomie als zentrale Regulationsarena verstehen“ (Ewen et al. 2022, 9). So sollte auf Seiten ‚der Arbeit‘ eine befürwortende Position gegenüber Gewerkschaften und deren Handlungsmöglichkeiten (z. B. Streiks) feststellbar sein.
- 2) „Darüber hinaus wird Sozialpartnerschaft als neokorporatistische Konzertierung betrachtet, in der die Tarifparteien und der Staat einen institutionalisierten gesamtgesellschaftlichen Ausgleich arrangieren, der durch zentralisierte Interessenverbände getragen wird“ (Ewen et al. 2022, 9).

4 Quelle: Infratest dimap. <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2021-09-26-BT-DE/umfrage-job.shtml> (Eingesehen am 14.07.2023).

5 <https://dawum.de/Bundestag/> (Eingesehen am 03.08.2023).

6 <https://www.tagesschau.de/wahlarchiv/laenderparlamente> (Eingesehen am 03.08.2023).

7 Werte für Mecklenburg-Vorpommern von Forschungsgruppe Wahlen auf <https://wahltool.zdf.de/wahlergebnisse/2021-09-26-LT-DE-MV.html?i=25> (Eingesehen am 03.08.2023).

Die international vergleichende Rechtspopulismusforschung zeigt, dass eine „grundlegend kritische bis ablehnende Haltung gegenüber den Gewerkschaften [...] für die Programmatik und Praxis der rechtspopulistischen Parteien charakteristisch“ ist (Bieling/Erben 2022, 33). Rechtspopulistische Parteien greifen die Institutionen der Sozialpartnerschaft direkt an und wenden sich damit gegen die institutionalisierten Machtressourcen von Gewerkschaften (Bieling 2023, 22–24). Rechtspopulistische Parteien versuchen zudem die Organisationsmacht von Gewerkschaften zu schwächen, in dem sie rechte Parallelstrukturen gründen (Bieling 2023, 24–25). Das alles trifft auch auf das Vorgehen und die Programmatik der AfD in Deutschland zu (Bohse 2023). Zwar bekennt sich die AfD in ihrem Bundestagswahlprogramm von 2021 zu einem gedeihlichen „Zusammenwirken von Unternehmern und Beschäftigten [...] im Geiste der Sozialpartnerschaft, um betriebliche Ziele zu erreichen und Interessengegensätze ins Gleichgewicht zu bringen“ (AfD 2021, 45). Aber im Bundestagswahlprogramm von 2021 und im Grundsatzprogramm fällt gleichzeitig auf, dass Gewerkschaften an keiner Stelle genannt werden. Die AfD „bekennt“ sich im Bundestagswahlprogramm nur zu „allgemeinverbindlichen Tarifverträgen“. Nicht erwähnt werden normale branchenspezifische Tarifverträge oder ein Bekenntnis zur Tarifautonomie. Allgemeinverbindliche Tarifverträge werden über den Staat allgemeinverbindlich erklärt (unter Zustimmung der Tarifparteien) und auch automatisch an Nicht-Gewerkschaftsmitglieder ausgezahlt. Die Mitwirkung von Gewerkschaften ist in diesem Prozess stark reduziert. Das passt zur Positionierung der AfD-Bundestagsfraktion in arbeitspolitischen Debatten, die meistens der zum völkischen Flügel gehörende MdB Jürgen Pohl bestreitet. Jürgen Pohl ist ein Gefolgsmann des parteiinternen mächtigen Björn Höcke und vertritt wie dieser, die Idee eines „solidarischen Patriotismus“.⁸ Das Ziel der Bundestagsfraktion welches Pohl in vielen arbeitspolitischen Plenarreden dargelegt hat, ist die Aufhebung des Tarifvorbehalts für Gewerkschaften und den Abschluss von Tarifverträgen durch die Betriebsräte.⁹ Dies würde natürlich einen sehr starken Bedeutungsverlust für Gewerkschaften und eine Verbetrieblung von Tarifpolitik zu Ungunsten der Sozialpartnerschaft bedeuten, deren Basis große intermediäre Organisationen innerhalb einer pluralistischen Demokratie sind.

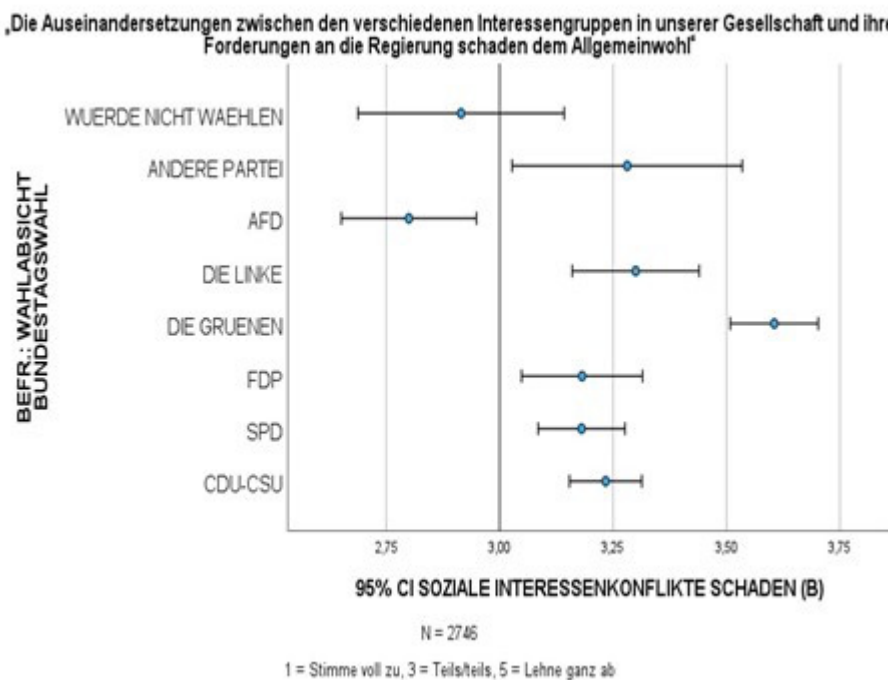
In einer ersten statistischen Exploration wird nun untersucht, ob auch die Wähler*innen der AfD, der Parteiprogrammatik folgen und mit den Voraussetzungen der Sozialpartnerschaft brechen wollen. Besonders gut eignet sich hierzu ein Item aus der „Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) von 2018, der die pluralistischen Voraussetzungen der Sozialpartnerschaft abfragt: „Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl“ (GESIS 2019, Fragebogen, 26). Wer hier zustimmt, tendiert zur moralischen Ablehnung von interessenpolitischen Akteuren im Sinne eines organisch-gleichmachenden, unbestimmt bleibenden „Allgemeinwohls“. Wer diesem Item zustimmt wendet sich auch gegen eine neokorpo-

8 Vgl. mit dem gleichnamigen Buch von Benedikt Kaiser (2020), ehemaliger Neonazi, Autor und Referent für das rechtsextreme „Institut für Staatspolitik“ und wissenschaftlicher Mitarbeiter von MdB Jürgen Pohl im Bundestag.

9 MdB Jürgen Pohl z. B. in der Plenardebatte vom 22.04.21: „Kurzum die Akteure des DGB sind inzwischen Teil des Problems und nicht Teil der Lösung [...]. Was aber ist zu tun [...]? Betriebsräte müssen künftig befugt und in der Lage sein, sich um Vereinbarungen bis hin zum Abschluss eines Firmen- oder Haustarifvertrags zu kümmern. Folglich müsste dann der sogenannte Tarifvorbehalt der Gewerkschaften im Tarifvertragsgesetz überdacht werden. Dies sollte aber angesichts des beschleunigten Akzeptanzverlustes der Gewerkschaften unter den Arbeitnehmern und den Beschäftigten kein Problem darstellen“, https://www.bundestag.de/mediathek?video_id=7516790#url=L211ZGlhdGhla292Z2J5YXk/dmlkZW9pZD03NTE2Nzkw&mod=mediathek (Eingesehen am 20.11.2023).

ratistische Aushandlung pluraler Interessengegensätze unter Beteiligung des Staates. Die Auszählung nach Wahlabsicht wird über Konfidenzintervalle¹⁰ dargestellt (Abb. 1).

Abbildung 1: Befragung: „Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl“. Eigene Darstellung.



Quelle: GESIS 2019. Auswertung über Konfidenzintervalle (95 %).

Die Anhänger*innen der AfD sind diejenigen, welche der Aussage, dass soziale Interessengruppen und deren Konflikte dem „Allgemeinwohl“ schaden am ehesten zustimmen. Ihr Mittelwert liegt deutlich auf der Zustimmungssseite und scheint sich signifikant von denen der anderen Parteianhänger*innen zu unterscheiden. Überschneidungen bestehen nur zur Gruppe der Nichtwähler*innen. Spannenderweise hebt sich dieser deutliche Unterschied auf, wenn man nur über Arbeiter*innen¹¹ auszählt (N = 269).¹² Die Mittelwerte derjenigen Arbeiter*innen, die nicht

¹⁰ Lesehilfe für Konfidenzintervalle: Der Punkt in der Mitte der waagrechten Linie stellt den jeweiligen Mittelwert in der Stichprobe dar. Die waagrechte Linie mit den beiden senkrechten Begrenzungen stellt den Bereich dar, in dem bei weiteren Stichprobenerhebungen der jeweilige Mittelwert mit 95-%iger Wahrscheinlichkeit liegen könnte. In Bezug auf die Grundgesamtheit bedeutet das, dass sich Positionierungen der unterschiedlichen Anhänger*innen der Parteien sehr wahrscheinlich dann signifikant voneinander unterscheiden, wenn sich die Konfidenzintervalle nicht überlappen. Je kleiner die Stichprobe (N), desto länger werden die Konfidenzintervalle.

¹¹ Arbeiter*innen sind in der verwendeten Kodierung definiert über die Selbstauskünfte der Befragten zum ausgeübten Beruf (GESIS, 2019, Fragebogen, Liste 59). Zu den Arbeiter*innen zählen ungelernete und angelernte Arbeiter*innen, Gelernte und Facharbeiter*innen, Vorarbeiter*innen, Kolonnenführer*innen, Brigadiers sowie Meister*innen und Polier*innen.

zur AfD tendieren verbleiben nur für die Wähler*innen der LINKEN und von Bündnis 90/Die Grünen im ablehnenden Bereich. Der Mittelwert der AfD-nahen Arbeiter*innen tendiert noch etwas stärker zur Zustimmung als der der AfD-Anhänger*innen insgesamt. Hier zeigt sich, dass Arbeiter*innen im Allgemeinen antipluralistischen Einstellungen stärker zuneigen: Die Mittelwerte der Anhänger*innen aller anderen Parteien verschieben sich bei der Auszählung über Arbeiter*innen hin zu einer größeren Skepsis gegenüber den sozialen Interessenskonflikten. Dieses Bild verändert sich wiederum bei einer Auszählung nach Gewerkschaftsmitgliedern. Alle Mittelwerte verschieben sich nun in die Richtung eines etwas pluralistischeren Blicks auf Interessenkonflikte – auch bei den AfD-Anhänger*innen.

Die statistischen Ergebnisse machen deutlich, dass auch beim Thema Sozialpartnerschaft ein Widerspruch auftaucht, den Marcel Fratzscher im Hinblick auf die Wirtschaftspolitik der AfD als „AfD-Paradox“ beschrieben hat (Fratzscher 2023; siehe auch Diermeier 2020). Vor allem AfD-Anhänger*innen als auch in einem weit geringeren Ausmaß die Arbeiter*innen insgesamt befürworten politische Haltungen, die ihren eigenen Interessen am deutlichsten schaden würden. Denn gerade die Sozialpartnerschaft hilft den Arbeiter*innen immer wieder durch die konkrete Ausgestaltung verschiedener arbeitspolitischer Errungenschaften bei der Bewältigung von ökonomischen Krisen – z. B. über Branchen-Tarifverträge zur Kurzarbeit. Zur Aufklärung dieser Paradoxien muss versucht werden die Positionen der AfD-nahen Arbeiter*innen zu verstehen und zu rekonstruieren.

3 Eine Rekonstruktion der Einstellungen von AfD-nahen Arbeiter*innen zu den Voraussetzungen der Sozialpartnerschaft

Für eine Rekonstruktion der Einstellungen von AfD-nahen Arbeiter*innen gegenüber der Sozialpartnerschaft habe ich im Folgenden zwei Feldprotokollauszüge und sieben ausführliche, episodische Interviews mit AfD-wählenden und drei ausführliche episodische Interviews mit nicht AfD-wählenden Arbeitern (Vergleichsgruppe) einer erneuten Auswertung hinsichtlich der Einstellungen zur Sozialpartnerschaft unterzogen.¹³ Das Sampling der Gesprächspartner, repräsentiert die heutige Ausdifferenzierung der Arbeitswelt. Schroeder schematisiert (2016) eine Aufteilung des Erlebens von Sozialpartnerschaft in „drei Welten der Arbeitsbeziehungen“. So wurde nicht nur mit fünf Arbeitern aus Konzernen, mit Betriebsrat, Anschluss an einen Flächentarifvertrag und relevantem gewerkschaftlichen Organisationsgrad gesprochen, sondern auch mit vier Arbeitern aus mittelständischen Betrieben mit Betriebsräten geringerer Durchsetzungskraft. Drei Arbeiter aus Kleinbetrieben ohne sozialpartnerschaftliche Mitbestimmungsmöglichkeiten wurden ebenfalls interviewt. Des Weiteren wurden in das Sample ostdeutsche als auch westdeutsche Arbeiter mit einbezogen. Fast alle Interviewten sind Produktionsarbeiter nach dem Klassensche-

12 Dies liegt nicht nur an der Ausweitung der Konfidenzintervalle durch eine deutlich kleinere Stichprobe.

13 Die Interviews und Gespräche wurden im Rahmen meiner von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Promotionsforschung zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Einstellungen AfD-naher Arbeiter*innen zwischen September 2021 und Februar 2023 geführt. Zwei der AfD-nahen Arbeiter wurden über gewerkschaftliche Kontakte rekrutiert, die anderen über den Besuch von Infoständen, Kundgebungen und Saalveranstaltungen der AfD. Meiner Ansicht nach hat dieser Feldzugang noch einmal den Zugang zu anderen Milieus ermöglicht als ein Feldzugang der hauptsächlich über Großbetriebe, Gewerkschaften und Betriebsräte erfolgt. Die ausführlichen episodischen Interviews haben eine Länge zwischen einer Stunde und zehn Minuten und 3 Stunden. Neun Interviews/Gespräche wurden mit Arbeitern in Baden-Württemberg, drei Interviews mit Arbeitern in Ostdeutschland geführt. Die Feldprotokolle stammen von ausführlichen Gesprächen mit Anhänger*innen der AfD auf sogenannten „Heißen-Herbst-Demonstrationen“ im November 2022 in Baden-Württemberg.

ma von Oesch (2006) und sind zwischen zweiundzwanzig und 64 Jahre alt. Die AfD-nahen Arbeiter des Samples sympathisieren mit der AfD, besuchen AfD-Veranstaltungen und haben diese gewählt. Einige sind Parteimitglieder. Die Interviews und Feldprotokollauszüge habe ich mit der fokussierten qualitativen Inhaltsanalyse nach Kuckartz (2020) auf die oben dargestellten Voraussetzungen von Sozialpartnerschaft hin untersucht.

3.1 Die Sicht der AfD-nahen Arbeiter auf die Gewerkschaften

Die Sicht der AfD-nahen Arbeiter auf die Gewerkschaften in diesem Untersuchungssample ist (mit einer Ausnahme) geprägt von passiver Mitgliedschaft über Entfremdung und Unkenntnis bis hin zur Ablehnung:

„Gewerkschaften, nee, brauch ich nicht, geht nicht. Musst du selber klären, alles. [...] Wenn es nicht geht, hab´ich Pech gehabt“ (Interview AfD 5, Pos. 130).

Das Ausmaß der Distanz variiert über die „drei Welten der Arbeitsbeziehungen“ hinweg (Schroeder 2016). Während sich unter den AfD-nahen Arbeitern des Samples, die in großen und mittelständischen Unternehmen arbeiten, noch Gewerkschaftsmitglieder befinden, befinden sich unter den AfD-nahen Kolleg*innen in Kleinbetrieben keine mehr. Bei den befragten AfD-nahen Gewerkschaftsmitgliedern in den Groß- und Mittelbetrieben herrscht (mit einer Ausnahme) eine passive Mitgliedschaft vor, die betont, nur präventiv in der Gewerkschaft zu sein. Sie geben vor, im Falle einer betrieblichen Krise nicht völlig schutzlos sein zu wollen. So gut wie alle AfD-nahen Arbeiter im Sample fremdeln sie sehr mit Arbeitskämpfen und haben (mit zwei Ausnahmen) an solchen nicht teilgenommen oder noch nie welche erlebt. Ein AfD-naher Arbeiter, der an Streiks teilgenommen hat, schildert vor allem den großen Druck, den er empfand:

„Und womöglich hast du dich noch rechtfertigen müssen, wenn du zum Warnstreik gegangen bist. Dann hat der Ingenieur auch noch gesagt: (verstellt die Stimme) ‚Ja, aber wir sollten jetzt dringend den Versuch fertig machen. Das pressiert [eilt]‘ [...] Und dann [...] warst du in der Mangel, auf Deutsch g’sagt, ja. Das ist / (...) ja, das ist ein schwieriges Thema, finde Ich, ja“ (Interview AfD 3, Pos. 153).

Er ist aus der Gewerkschaft ausgetreten. Er war unter anderem unzufrieden über das zu geringe Ergebnis, welches trotz der großen Unannehmlichkeit der Streikbeteiligung für ihn erreicht wurde. Die Schilderung dieser „Mangel“ als Loyalitätskonflikt gegenüber dem Unternehmen und den Vorgesetzten kommt auch in den Schilderungen anderer AfD-naher Arbeiter zum Ausdruck, wenn sie nur über Streiks berichten, die sie beobachten und an denen sie nicht teilnehmen. Diese starken Loyalitätskonflikte kommen in Streikschilderungen der Nicht-AfD-wählenden Arbeiter im Sample nicht zum Ausdruck.

Auffällig ist in diesem Zusammenhang die Darstellung der eigenen Arbeitsbiografie, über die in den langen episodischen Interviews berichtet wird. Die Schilderungen der AfD-nahen Arbeiter über ihre betriebliche Etablierung vermitteln in fast allen Fällen mindestens souveräne Bewältigungs-, wenn nicht gar Erfolgs- und Aufstiegsgeschichten. In ihnen findet sich fast immer ein Moment der Anerkennung und Privilegierung durch die Unternehmensführung. Dieser Moment wird als Ergebnis der eigenen Leistung von ihnen hervorgehoben. Beispielsweise werden einzelne zum Abteilungsleiter befördert oder z. B. ohne die entsprechende Weiterbildung in eine meisterähnliche Position gebracht. Zumindest findet man in den Schilderungen als verdienter Mitarbeiter in privilegierter Weise Gehör beim Chef (z. B. in den Kleinbetrieben). Die Distanz, bzw. Ablehnung gegenüber der Gewerkschaft (siehe oben) scheint sich in der gefühlten Identifikation mit dem Betrieb zu spiegeln. Die Erzählungen der AfD-fernen Arbeiter berichten (auch bei CDU-wählenden Kollegen) von einem kritischeren Blick auf den eigenen Vorgesetzten und den Betrieb.

Es werden konflikthafte und antagonistische Phasen des Betriebslebens eher als immer wiederkehrende betriebliche Normalität beschrieben.

Diese, über die Praxis der eigenen Arbeitsbiografie angelegte Unternehmensnähe der AfD-nahen Arbeiter, zeigt sich auch in einem anderen gewerkschaftspolitischen Feld: Der Lohnpolitik. Obwohl man sich gerne als recht zufrieden mit dem Erreichten stilisiert, zeigt sich bei einzelnen AfD-nahen Arbeitern im Sample eine Verärgerung über das geringe Entgelt, welches man bekommt und doch nicht als leistungsgerecht empfindet. Hier wäre es plausibel, dass sich diese Frustration auf die Unternehmensseite und deren Lohnpolitik fokussieren würde und somit eine aktivere Gewerkschaftsorientierung befördern könnte. Auffällig ist aber an den Interviews mit den AfD-nahen Arbeitern – auch an solchen, die vor dem Anstieg der Inflation ab dem Sommer 2022 geführt wurden – das nicht so sehr die zu geringe Einkommenshöhe als kritische Größe für die Bewältigung des Alltags betrachtet wird, sondern die Höhe der Preise:

„Oder wenn die Lokführergewerkschaft streikt, dass die Lokführer mehr Geld haben, dann steigt halt das Bahnticket“
(Interview AfD 1a, Pos. 475).

Aufgrund dieser Verschiebung steht nicht mehr so sehr der eigene Arbeitgeber, sondern oftmals „die Gewerkschaft“ in der Kritik. Der Glaube an eine Lohn-Preis-Spirale ist im Alltagsbewusstsein der AfD-nahen Arbeiter im Sample fest verankert und wird häufig skandalisiert, während z. B. eine Erosion der Tarifverträge und die Ausweitung des Niedriglohnsektors als gegeben hingenommen oder nicht erwähnt wird:

„Und Gewerkschaft, das haben wir ja. Wir haben ja hier die Verdi. Die streiken ja hier viel. [...] Aber ich muss auch sagen teilweise, was man dort teilweise für Forderungen stellt! Wenn ich dort hingehe und höre: 500, 600 € mehr, monatlich. Ja, was denken die, was die damit erreichen? Wenn die Leute so viel Geld mehr verdienen monatlich, dann wird auch nichts mehr billiger. [...] Aber ich finde auch immer hier mit Porsche, BMW usw. – das ist alles übertrieben. Das ist alles übertrieben!“ (Interview AfD 5, Pos. 130).

Das ökonomische Alltagserleben wird also eher durch eine angebotsorientierte und inflationsfürchtende Sichtweise strukturiert und beurteilt. Dementsprechend werden betriebliche Verbesserungsvorschläge oder Lohnforderungen von Gewerkschaften auch für das eigene Unternehmen und den eigenen Arbeitsplatz (auch im florierenden Konzern) aufgrund globalisierter Standortkonkurrenz kritisch gesehen:

„Es ist natürlich auf der anderen Seite auch schwierig, weil wir ja in Deutschland sowieso von den Löhnen her kämpfen gegen das Ausland. Und wir sowieso schon höher sind. Und wenn wir jetzt die unten in der Montage auch noch aufpumpen, sag’ ich mal. Das führt dann dazu, dass die Unternehmen noch mehr verlagern, gell? (...) Schwierige Sache! (...)“ (Interview AfD 3, Pos. 143).

Im Vergleich dazu, sehen die Nicht-AfD-wählenden Arbeiter im Sample trotz globalisierter Standortkonkurrenz einen deutlich größeren Spielraum in den betrieblichen Handlungsmöglichkeiten – auch aufgrund sozialpartnerschaftlicher Aushandlung. Und zwar nicht nur diejenigen, die gewerkschaftlich oder im Betriebsrat aktiv sind. Ein CDU-naher Arbeiter schildert unter anderem die Verbesserungen, die eine IT-Veränderung im Zuge der Industrie 4.0 für seine zukünftige Arbeitsplatzsicherheit gebracht hat. Er sieht die Verbesserung aber nur als dadurch abgesichert, dass eine Betriebsvereinbarung verhindert, dass (Leistungs-) Daten personalisiert abgerufen und Löhne dynamisiert werden können. Er sieht dadurch die Produktivität, die Lohnhöhe, die Arbeitsplatzsicherheit als auch die Teamfähigkeit in seiner Abteilung zukunfts- und konkurrenzfähig aufgestellt. Er skizziert aufgrund betrieblicher Erlebnisse von Sozialpartnerschaft eine veränderte Haltung gegenüber Gewerkschaften:

„Ich bin ein Gewerkschaftsgegner (...) gewesen (Lacht). Ähm, bis 1993. Ich fand das alles überzogen und es war mir alles viel zu rot, weil ich viel zu konservativ war. [...] Und habe dann aber irgendwann einmal durch das Leben bei [Name des Konzerns] festgestellt: Mmh, also mit ist es schwierig, also mit Gewerkschaft. Und ohne Gewerkschaft ist es eigentlich unmöglich, dass so ein System, was wir in Deutschland haben, funktioniert. [...] Jetzt bin ich Mitglied, aber

aus Überzeugung, weil ich weiß, die Arbeitgeberseite und das Kapital braucht einen Gegenpol, der das Ganze ein bisschen in der Waage hält“ (Interview CDU 2)

Besonders interessant ist auch die Einschätzung der AfD-nahen Arbeiter selbst, wie sich die gleichzeitige Mitgliedschaft in der Gewerkschaft und in der AfD miteinander verträgt:

„Das geht ja normal gar nicht! Das ist ja in sich schon ein Widerspruch, normal (lacht). Oder?“ (Interview AfD 3, Pos. 135).

Einen Einblick in den Alltag dieses Spannungsverhältnisses ermöglicht das Interview mit einem AfD-Mitglied, welches gleichzeitig das einzige aktive Gewerkschaftsmitglied im Sample ist. Der Arbeiter berichtet von Anfeindungen, denen er als aktiver Gewerkschafter in der AfD ausgesetzt ist und vergleicht:

„B: Ich bin in der IG Metall noch gar nie, von irgendjemandem blöd angemacht worden [...]. Und in der AfD: Umgekehrt! [...] Ich könnte dir da Dinger zeigen [...].

I: Aber wieso? Die beschimpfen dich allein, weil du Gewerkschafter bist oder was? //

B: Ja, weil ich sie [die IG Metall] verteidige halt, ne. Und das, die können kein Widerspruch. [...] Wenn dann irgendwas kommt von, wenn es menschenverachtend wird, dann, sag ich nein, auch in den Foren. [...] Und dann sagt meine Frau immer: ‚Hey, irgendwann, wenn Sie uns mal das Haus anzünden oder, oder die Garage bemalen oder ‘s Haus bemalen, dann weißt du nicht einmal: War es die Antifa oder waren es deine Eigenen“ (Interview AfD 2, Pos. 545–547).

Dieser Arbeiter ist inzwischen aus der AfD ausgetreten.

3.2 Die Sicht der AfD-nahen Arbeiter auf neokorporatistische Konzertierung

Zur Untersuchung der Einstellungen gegenüber neokorporatistischer Konzertierung eignen sich im vorliegenden empirischen Material Episoden in denen die Befragten nach ihrer Einstellung zum Mindestlohn gefragt wurden. An der Diskussion des Mindestlohns können sozialpartnerschaftliche Positionen daran erkannt werden, dass sie z. B. das Ideal in der Tarifautonomie sehen, es jedoch aufgrund der Erosion der Flächentarife befürworten, dass über ein neokorporatistisches Vorgehen (z. B. über das Mindestlohngesetz und das Einsetzen einer paritätisch besetzten Mindestlohnkommission) eine Lohnuntergrenze eingezogen wird. Diese Position findet sich mit diesem gedanklichen Zweischritt nur bei den nicht-AfD-nahen Arbeitern im Sample. Bei den AfD-nahen Arbeitern im Sample zeigt sich entweder eine kritische Befürwortung einer staatlichen Lohnuntergrenze oder auch deren Ablehnung. Die Kritik entzündet sich dabei aber an der Sorge um den staatlichen Eingriff in den Markt, der frei sein sollte. Und nicht an der Sorge um den Eingriff in die durch intermediäre Verbände organisierte Tarifautonomie. Die AfD-nahen Arbeiter führen demnach keine Auseinandersetzung um pluralistische Sozialpartnerschaft versus Staatsinterventionismus, sondern um Marktsteuerung versus Staatsinterventionismus:

„I: [...] Also in Deutschland sagt man ja: Tarifautonomie – das sollen die Gewerkschaften und die Betriebe aushandeln. Oder sollte das eher so Aufgabe des Staates sein über so ein Mindestlohngesetz da einzugreifen und da was festzulegen, [...] //

B: [...] Mit Gewerkschaften hab‘ ich nicht viel am Hut, kenn‘ ich mich gar nicht aus, ich weiß auch gar nicht denen ihre Funktion – hab‘ ich mich auch nie groß beschäftigt. Bei Vater Staat kam noch nie was richtig Gutes raus. Ja, wie ich es schon vorhin auch gesagt habe: Ich hab‘ s immer persönlich ausgehandelt mit meinem Chef. [...] Aber von staatlicher Seite her alles zu diktieren, dann sind wir doch in ‘ner Diktatur, denk‘ ich mal, wenn alles vordiktirt wird und nichts mehr selber ausgehandelt wird. Und das wollten wir doch eigentlich nicht mehr“ (Interview AfD 7, Pos. 98–99).

Interessanterweise lassen sich hier bei zwei AfD-nahen Arbeitern aus Ostdeutschland mit DDR-Erfahrung zwei verschiedene Positionen feststellen: Die eine (siehe oben) befürwortet eine

Marktsteuerung am Arbeitsmarkt als Erkenntnis aus dem DDR-Erleben. Die zweite Sicht (siehe unten) rekurriert affirmativ auf den autoritären staatlichen Durchgriff in der DDR:

„I: Und Mindestlohn ist eine gute Sache? Oder dass der Staat da //

B: Ja (betont) [...] (lacht). Auch nicht vielleicht 100 Prozentig [...], wenn ich da auch so an meinen Chef denke, der wird nuu vom Staat zu gewissen Dingen gezwungen, die er vielleicht selbstständig nicht gemacht hätte, ne? Man greift ja doch irgendwo in den freien Markt ein [...]. So, jetzt haben wir ja aber auch die Gewerkschaften. (unv), Verdi oder wie sie alle heißen, IG Metall. Für die ist ja der Mindestlohn gar nicht maßgeblich, für die ist das ja Pillepalle! Das ist ja viel zu wenig! Jetzt stellt man sich mal vor, wir hätten die Gewerkschaften nicht und der Staat würde immer bloß sagen: ‚Ihr müsst das jetzt so und so und so machen.‘ Kenn ich ja. Aus DDR-Zeiten. [...] Man hätte ja eine unglaubliche Ersparnis wenn man die ganzen Gewerkschaftsleute nicht mehr finanzieren müsste. Es gibt ja / ich stelle ja die Leute nicht infrage, ne, die bringen ja Einsatz für ihre Leute, die dort Mitglieder sind. Aber ich hab ´mal (unv) gehört von so Gewerkschaftsbossen, also die sind auch ordentlich! Also da ist auch keiner arm“ (Interview AfD 5, Pos. 219–224).

Hier wird deutlich, dass die AfD-nahen Arbeiter im Sample an einem Mindestlohn (wenn überhaupt), nicht dessen sozialpartnerschaftliche Konzertierung befürworten, sondern, wenn nötig, den möglichst direkten Durchgriff des Staates auf die Gestaltung der Löhne. Hier wird von AfD-nahen Arbeitern geäußert, was schon der internationale Vergleich rechtspopulistischer Praxis registriert: „In der Konfrontation mit den Gewerkschaften treten populistische Erwägungen insofern in den Vordergrund, als Gewerkschaften intermediäre Organisationen – zwischen den Beschäftigten und der Arbeitspolitik – darstellen, die der unmittelbaren, direkten Beziehung zwischen dem ‚Volk‘ und der ‚politischen Führung‘ entgegenstehen“ (Bieling 2023, 22). Sowohl die westdeutschen als auch die ostdeutschen AfD-nahen Arbeiter im Sample sorgen sich außerdem beim Thema Mindestlohn – wie auch bei den gewerkschaftlichen Forderungen insgesamt (siehe oben) – um die Konkurrenzfähigkeit des nationalen Standorts Deutschland.

4 Fazit und Ausblick

Programmatisch sind rechtspopulistische Parteien gegen die Sozialpartnerschaft ausgerichtet. Je mehr Arbeiter*innen AfD wählen, desto stärker kommt die Sozialpartnerschaft politisch unter Druck. Als beunruhigend sind mit diesem Fokus, die für diesen Beitrag vorgenommenen quantitativen als auch qualitativen Explorationen der Einstellungen von AfD-nahen Arbeiter*innen einzuschätzen. Die arbeitspolitische Nachfrage der AfD-nahen Arbeiter*innen scheint stark mit dem Angebot der AfD zu konvergieren. Dieses würde im Falle einer Realisierung für Arbeiter*innen weitere Zumutungen bereithalten. Für die Diskussion dieser zusätzlichen Facette des AfD-Paradoxons (vgl. Fratzscher 2023; Diermeier 2020) scheinen die ausgewerteten Gespräche mit Arbeitern Hinweise zu geben, die mit Hilfe der Erkenntnisse aus anderen Untersuchungen weitergehend untersucht werden müssen. Empirische Untersuchungen in Bezug auf Einstellungen in der Bevölkerung gegenüber der Wirtschafts- und Sozialpolitik (Brussig et al. 2019) legen z. B. nahe, dass sich Positionen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik vor allem aus politischen Gerechtigkeits- und Ungleichheitsvorstellungen entwickeln, die mit „grundlegende[n] normative[n] Vorstellungen über eine ‚gute Gesellschaft‘“ verbunden sind (Bandau et al. 2017, 14). Das Fehlen – als auch das mangelnde Vertrauen in Sinn, Gerechtigkeit und Potential – sozialpartnerschaftlicher Vorstellungen einer pluralistisch organisierten „guten Gesellschaft“, scheint einen Alltag hervorzubringen, den die Betroffenen mit dem jahrelang habitualisierten Glauben an eine standortnationalistische, antiplurale und „autoritär-ordoliberal“ (Kaphegyi 2022) Wettbewerbsgemeinschaft zu bewältigen versuchen. Wird hier die neoliberale Not zur Tugend, die sich angesichts der Krisen radikalisiert und wiederum neue neoliberale Not und Gefahren für die Demokratie hervorbringt?

Literaturverzeichnis

- AfD (2021): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. https://www.afd.de/wp-content/uploads/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf (Eingesehen am 20.11.2023).
- Bandau, F., Lübker, M. und Rixen, T. (2017): Was ist uns der Wohlfahrtsstaat wert? Einstellungen zur Finanzierung und politische Handlungsoptionen. Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie #2017plus. Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Biebricher, T. und Ptak, R. (2020): Soziale Marktwirtschaft und Ordoliberalismus zur Einführung, Hamburg.
- Bieling, H.-J. (2023): Gewerkschaften und Rechtspopulismus in Europa: Herausforderungen, Strategien, Erfahrungen, in: Hoffmann/Meinardus (2023), 8–45.
- Bieling, H.-J., und Erben, S. M. (2022): Exklusionslinien in der wohlfahrtsstaatlichen Programmatik und Praxis rechtspopulistischer Parteien in Österreich, Schweden und den Niederlanden, in: Sorce et al. (2022), 21–36. https://doi.org/10.1007/978-3-658-36891-3_2.
- Biskamp, F. (2020): Die Arbeiter_innen, der Autoritarismus und die AfD. Einige Daten aus Runde 9 des European Social Survey. https://florisbiskamp.com/2020/02/02/die-arbeiter_innen-der-autoritarismus-und-die-afd/ (Eingesehen am 13.08.2023).
- Bose, S. (2023): Länderstudie Deutschland, in: Hoffmann/Meinardus (2023), 76–105.
- Brumlop, K. (1958): Sozialpartnerschaft aus internationaler Sicht, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 06/1958, 344–351. <https://library.fes.de/gmh/main/pdf-files/gmh/1958/1958-06-a-348.pdf> (Eingesehen am 12.07.2023).
- Brussig, M., Klammer, U. und Langer, P. (2019): Einordnung gesellschaftspolitischer Debatten zur sozialen Ungleichheit. Forschungsbericht, 538. Erstellt im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Duisburg.
- Diermeier, M. (2020): The AfD's Winning Formula – No Need for Economic Strategy Blurring in Germany. *Intereconomics* 55 (1), 43–52. <https://doi.org/10.1007/s10272-020-0868-2>.
- Dörre, K. und Schmalz, S. (2014): Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens. *Industrielle Beziehungen* 21 (3), 217–237.
- Dribbusch, H. und Birke, P. (2019): Gewerkschaften in Deutschland: Herausforderungen in Zeiten des Umbruchs. Herausgegeben von Marc Meinardus, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Ewen, J., Nies, S. und Seeliger, M. (2022): Sozialpartnerschaft im digitalisierten Kapitalismus: hat der institutionalisierte Klassenkompromiss eine Zukunft?, Weinheim.
- Fratzscher, M. (2023): Das AfD-Paradox: Die Hauptleidtragenden der AfD-Politik wären ihre eigenen Wähler*innen. DIW-aktuell 88. https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.879721.de/diw_aktuell_88.pdf.
- GESIS-Leibniz-Institut Für Sozialwissenschaften (2019): Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2018, GESIS Data Archive. <https://doi.org/10.4232/1.13250>.
- Haipeter, T. (2012): Sozialpartnerschaft in und nach der Krise: Entwicklungen und Perspektiven. *Industrielle Beziehungen* 4 (2012), 387–411. https://doi.org/10.1688/1862-0035-IndB_2012_04-Haipeter.
- Hoffmann, R. und Meinardus, M. (Hrsg.) (2023): Gewerkschaften und Rechtspopulismus in Europa. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn. <https://library.fes.de/pdf-files/international/20315.pdf> (Eingesehen am 15.08.2023).

- Kaphegyi, T. (2022): „Wer Müßiggang belohnt und Fleiß bestraft, wird am Ende mehr Müßiggang als Leistung ernten“. Zur „Kulturkritik als Perspektive“ der wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen in der AfD, in: Sorce et al. (2022), 61–84. https://doi.org/10.1007/978-3-658-36891-3_4.
- Müller-Jentsch, W. (2017): Strukturwandel der industriellen Beziehungen: „Industrial Citi-zen-ship“ zwischen Markt und Regulierung. 2., völlig überarbeitete Auflage, Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-13728-1>.
- Müller-Jentsch, W. (2008): Passt die Mitbestimmung zur sozialen Marktwirtschaft? Mitbestimmung, Ausgabe 03/2008. <https://www.boeckler.de/de/magazin-mitbestimmung-2744-passt-die-mitbestimmung-zur-sozialen-marktwirtschaft-11127.htm> (Eingesehen am 10.08.2023).
- Oesch, D. (2006): Redrawing the Class Map: Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland, New York.
- Redaktionsgruppe Datenhandbuch (o.J.): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, Onlineausgabe seit 1990. Kapitel 1.11 Stimmabgabe nach Beruf und Konfession – Zweitstimme, Version vom 10.08.2022. https://www.bundestag.de/resource/blob/272928/600baaca3c6ed3b9cd9db680530c3a8/Kapitel_01_11_Stimmabgabe_nach_Beruf_und_Konfession_Zweitstimme_-pdf-data.pdf (Eingesehen am 20.07.2023).
- Schindler, P. (1999): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages, 1949 bis 1999. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages, Baden-Baden.
- Schroeder, W. und Weißels, B. (2023): Radikalisiert und Etabliert. Die AfD vor dem Superwahljahr 2024, OBS-Arbeitspapier 59. https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP59_AfD_Schroeder_Weißels.pdf (Eingesehen am 10.08.2023).
- Sorce, G., Rhein, P., Lehnert, D. und Kaphegyi, T. (Hrsg.) (2022): Exkludierende Solidarität der Rechten, Wiesbaden.
- Streeck, W. (2016): Von Konflikten ohne Partnerschaft zu Partnerschaft ohne Konflikt: Industrielle Beziehungen in Deutschland, in: Industrielle Beziehungen 23 (1), 47–60.